

21. Wahlperiode

**Antrag**

**der Abgeordneten Dirk Kienscherf, Ekkehard Wysocki, Ksenija Bekeris, Hendrikje Blandow-Schlegel, Ole Thorben Buschhüter, Martina Friederichs, Uwe Giffei, Dr. Monika Schaal, Olaf Steinbiß (SPD) und Fraktion**

und

**der Abgeordneten André Trepoll, Dennis Gladiator, Carsten Ovens, Richard Seelmaecker, Dietrich Wersich (CDU) und Fraktion**

und

**der Abgeordneten Dr. Anjes Tjarks, Filiz Demirel, Antje Möller, Martin Bill, Christiane Blömeke, Olaf Duge, Mareike Engels, Anna Gallina, René Gögge, Murat Gözay, Dominik Lorenzen, Farid Müller, Ulrike Sparr, Dr. Carola Timm (GRÜNE) und Fraktion**

und

**der Abgeordneten Christiane Schneider, Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Cansu Özdemir, Heike Sudmann (DIE LINKE) und Fraktion**

und

**der Abgeordneten Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein, Michael Kruse, Dr. Kurt Duwe, Daniel Oetzel, Jens P. Meyer (FDP) und Fraktion**

**Betr.: Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge**

Das Eimsbütteler Grindelviertel gilt als früheres und seit Eröffnung des Joseph-Carlebach-Bildungshauses der Jüdischen Gemeinde in Hamburg KdÖR (JGHH) wieder lebendiges Zentrum des jüdischen Lebens in Hamburg. Nach der Aufhebung der Torsperre im Jahr 1861 siedelten sich hier zahlreiche Jüdinnen und Juden an, die zuvor unter prekären Bedingungen in der Neustadt gewohnt hatten. In den darauffolgenden Jahren entstanden darüber hinaus eine Vielzahl jüdischer Institutionen, darunter mehrere Synagogen und Schulen, ein Friedhof sowie diverse Sozialeinrichtungen. Und so sollte an dieser Stelle ab 1904 – vor dem Hintergrund der erstmals erreichten rechtlichen Gleichstellung der Menschen jüdischen Glaubens – auch das wohl sichtbarste Wahrzeichen des jüdischen Lebens in Hamburg entstehen: die Bornplatzsynagoge. Diese orthodoxe Synagoge, zuletzt unter der Leitung von Rabbiner Dr. Joseph Carlebach, war die erste freistehende Synagoge der Stadt und galt mit ihrem Fassungsvermögen von 1.200 Menschen und ihrer Höhe von 39 Metern als das größte jüdische Gotteshaus Norddeutschlands.

Wie ein großer Teil der jüdischen Einrichtungen Hamburgs wurde die Bornplatzsynagoge im Rahmen der Novemberpogrome 1938 zerstört. Die Überreste wurden ein Jahr später auf Kosten der Deutsch-Israelitischen Gemeinde abgerissen und beseitigt. Es sollte viele Jahre dauern, bis die nach Shoah und Zweitem Weltkrieg verbliebenen oder wieder zurück gekehrten Menschen jüdischen Glaubens in Hamburg wieder einen angemessenen Ort für ihre Religionsausübung vorfinden konnten. Genau 20 Jahre nach den Pogromen – am 9. November 1958 – wurde knapp 1,5 Kilometer vom alten Standort der Grundstein für die neue Synagoge an der Hohen Weide gelegt. Diese dient der JGHH seit nun fast 60 Jahren als zentrales Gotteshaus und steht mittlerweile unter Denkmalschutz. Sie gilt allerdings bereits seit längerer Zeit und trotz intensiver Sanierungsanstrengungen als baufällig.

Im Rahmen des 2010 gefeierten 50-jährigen Jubiläums der Synagoge Hohe Weide betonte der damalige Vorsitzende der JGHH, Ruben Herzberg: *„Die Einweihung der Synagoge Hohe Weide war ein weithin sichtbares klares Zeichen, dass jüdisches Leben nicht vernichtet werden konnte. Das Herz des jüdischen Hamburg aber schlägt im Grindelviertel, dort neben der Talmud-Tora-Schule, unserem heutigen Gemeindezentrum mit der Joseph-Carlebach-Schule. (...) Wir wünschen uns die Rückkehr an unseren alten Ort, denn der leere Platz ist eine Wunde in unserem Leben.“* Anlässlich des Abendgebets auf dem Joseph-Carlebach-Platz am 9. November 2019 erneuerte der heutige Vorsitzende der JGHH, Philipp Stricharz, diese Forderung: *„Wir, die Jüdische Gemeinde, wollen genau das. Die Rückkehr der jüdischen Religion auf den Bornplatz.“* Diese sende ein wichtiges Signal des selbstverständlichen Dazugehörens. *„Die Nazis haben nicht gewonnen. Ihre Bauten sollen nicht bleiben, wo sie das Judentum verdrängt haben.“*

Auch die Hamburgische Bürgerschaft hat bekräftigt, dass sie es für wichtig hält, die Sichtbarkeit des jüdischen Lebens in Hamburg zu stärken – zuletzt etwa im Rahmen der Debatten zum Thema Antisemitismus am 23. Oktober und 6. November 2019. Die Wiederherstellung des sichtbarsten Wahrzeichens des jüdischen Lebens in Hamburg auf dem mittlerweile zum Teil nach Josef Carlebach benannten Platz entspricht diesem Anliegen in hohem Maße. Ebenso erkennt die Bürgerschaft das Bedürfnis der JGHH an, dass die neue Synagoge in ihrer Gestaltung und in ihren Dimensionen an die zerstörte Bornplatzsynagoge anknüpft.

Bevor dieses Vorhaben realisiert werden kann, stellen sich allerdings eine Vielzahl von Fragen. Eine Machbarkeitsstudie – finanziert durch eine Zuwendung des Bundes in Höhe von 600.000 Euro – soll Antworten auf die wichtigsten Fragen liefern und so eine zeitnahe Umsetzung ermöglichen. Die offenen Fragen betreffen dabei u. a. die architektonische Gestaltung des Neubaus, die räumliche Situation am Josef-Carlebach-Platz und dem daran angrenzenden Allende-Platz – inklusive des sich dort befindlichen denkmalgeschützten ehemaligen Luftschutzbunkers – wie auch die Frage der Nachnutzung der Synagoge in der Hohen Weide. Der Hamburgischen Bürgerschaft ist bewusst, dass für die JGHH die Wiedererrichtung der Synagoge Priorität genießt, weil dies das Zeichen sichtbaren und lebendigen jüdischen Lebens in Hamburg heute ist. Gleichzeitig ist der JGHH bewusst, dass für die Hamburgische Bürgerschaft ein würdevoller und angemessener Umgang mit dem Bodenmosaik von Margrit Kahl, das am Joseph-Carlebach-Platz an die Zerstörung der Bornplatzsynagoge und die damit verbundene Entrechtung und Ermordung Hamburger Jüdinnen und Juden in der NS-Zeit erinnert, von einer großen erinnerungskulturellen Bedeutung ist. Im weiteren Prozess sollen Wege gefunden werden, beides zu gewährleisten.

## **Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

### **1. Die Hamburgische Bürgerschaft**

bekannt sich zu dem Ziel, das jüdische Leben in Hamburg sichtbarer zu machen und unterstützt die Forderung nach Wiedererrichtung einer repräsentativen Synagoge am ehemaligen Standort der Bornplatzsynagoge.

### **2. Der Senat wird ersucht,**

- a. die Jüdischen Gemeinde in Hamburg KdÖR (JGHH) bei der Erarbeitung der Aufgabenstellung für die Machbarkeitsstudie und bei deren Durchführung nach Kräften zu unterstützen,
- b. auf Basis der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der Bürgerschaft bis zum 31.12.2020 zu berichten,

- c. gemeinsam mit der JGHH ein Format zu erarbeiten, wie der Wiederaufbau der Synagoge am Bornplatz finanziell von den Hamburgerinnen und Hamburgern unterstützt werden kann.